

Die Wahlen 2015 in Marokko

Zum ersten Mal nach Inkrafttreten der neuen Verfassung 2011 wird dieses Jahr, ausgehend von den Wahlen in den Gebietskörperschaften sowie der Berufs- und Arbeitgeberverbände, die Zweite Kammer des Parlaments in Marokko neu besetzt. Über 15 Millionen der 33,8 Millionen Marokkaner sind dazu aufgefordert, in den Regionen, Präfekturen, Provinzen und Kommunen die politischen Karten neu zu verteilen. Am 2. Oktober finden in einem weiteren Schritt die Wahlen zur Zweiten Kammer statt. Eine fortschreitende Dezentralisierung und Regionalisierung soll die Kommunen als Akteure für nachhaltige Entwicklung stärken. Der Neubesetzung der lokalen Räte wird zudem eine hohe Ausstrahlungswirkung auf die Parlamentswahlen Ende 2016 beigegeben. Doch die unterschiedlichen Interessen der Volksvertreter blockieren die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes.

Vier Jahre nach Beginn der Umbrüche ist die Durchführung verfassungsrechtlicher und institutioneller Reformen der marokkanischen Gebietskörperschaften noch nicht abgeschlossen. Dabei gewinnt die lokale Demokratie mit den Kommunen als Brennpunkte wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklung für den Erfolg der Demokratisierung und Stabilität des Landes an besonderer Bedeutung. Im Zuge der Entstehung moderner Nationalstaaten konnte Marokko neue demokratische Elemente mit den traditionellen, lokalpolitischen Strukturen nicht vollkommen in Einklang bringen. Anstatt die Entwicklung zu einer parlamentarischen Monarchie wie in Großbritannien oder skandinavischen Ländern erlebte es die Herausbildung zweier paralleler Systeme: Es blieb eine Monarchie mit einer Verfas-

sung. Gerade deswegen ist der vergleichsweise progressive Kurs des Königs Mohammed VI. seit seinem Amtsantritt 1999 bedeutend: Mit seinem Regierungsstil änderte er den autoritären Kurs seines Vorgängers und Vaters Hassan II.

Die relative politische und soziale Stabilität trotz der Unruhen 2011 und 2013 ist König Mohammed VI.s frühem Engagement geschuldet, die Reformen zur Demokratisierung Marokkos sukzessiv zuzulassen. Aufgrund seiner rechtzeitigen verfassungsrechtlichen Zugeständnisse blieb die alawidische Dynastie vor dem Sturz der Machthaber wie in Tunesien, Libyen und Ägypten verschont. Diese Verfassung stärkte auch die Rolle des Parlaments und die Position des Ministerpräsidenten. Unumstritten ist jedoch, dass der König und sein Kronrat (*mahzen*) weiterhin die Schlüsselrolle im politischen Diskurs und im Gesetzgebungsprozess einnehmen. Mohammed VI. bleibt Staatsoberhaupt und Chef der Armee, vor allem jedoch Amir Al Mouminine, der „Hüter der Gläubigen“. Auch nach Beginn der Protestbewegung „20. Februar“ verliert König Mohammed VI. somit nicht an Unterstützung in der Bevölkerung. Faktisch sieht sich eine gesplante Opposition gegenüber den herrschenden politischen Kräften machtlos, ihren Forderungen wurde bislang wenig Rechnung getragen. Die Zugeständnisse an die Demokratie von König Mohammed VI. gehen in eine gute Richtung, gleichzeitig hält sein Umfeld des *makhzen* an seinem Einfluss fest.

Der Arabische Frühling belebte auch in Marokko einen Paradigmenwechsel: Auf Grundlage einer neuen Verfassung wurde 2011 die Erste Kammer, das Abgeordnetenhaus (Chambre de Représentants), direkt gewählt. Die Abgeordneten des Chambre

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAROKKO

VERENA WALTHER

April 2015

www.kas.de/marokko

www.kas.de

des Conseillers werden bei indirekten Wahlen für einen Zeitraum von sechs Jahren bestimmt. Es setzt sich zu zwei Fünfteln aus Mitgliedern von Wahlversammlungen mit Vertretern der Berufs- und Arbeitgeberverbände zusammen.¹ Am 7. August werden diese Vertreter der insgesamt 40 Berufskammern (Chambres professionnelles) der unterschiedlichen Wirtschaftszweige gewählt. Sie bilden das Gremium, welches im Oktober einen Teil der Mitglieder der neuen 2. Kammer bestimmt. Vertreter der Regionen, Präfekturen, Provinzen und Kommunen konstituieren drei Fünftel des Oberhauses, welches die Verabschiedung von Gesetzen zwar begleitet, jedoch kein eigenes Initiativrecht hat. Im Gegensatz zum Unterhaus, welches mit der neuen Verfassung umfassendere Rechte bekam, ist das Oberhaus eine der wenigen staatlichen Institutionen, deren Zusammensetzung und Funktionsweise von der Verfassung von 1996 bestimmt werden.

Regionen, Präfekturen, Provinzen und Kommunen

Marokko unterscheidet zwischen 12 Regionen, unterteilt in städtische Präfekturen und ländliche Provinzen. Diese wiederum bestehen aus mehr als 1500 urbanen und ländlichen Kommunen. Die Verwaltungschefs der Regionen (Walis) werden direkt vom König ernannt. Sie dienen als Kontrollinstanz der Regionalräte (Conseils Régionaux). Diese Räte gelten formell als Kontrollorgan der Gouverneure. Tatsächlich war ihr Einfluss jedoch bislang begrenzt. Während die Regionalräte 2015 direkt vom Volk und nicht wie bisher durch Vertreter der Gemeinderäte, Berufsverbände und Abgeordnete des Oberhauses gewählt werden, werden die Provinzgouverneure und Präfekten weiterhin wie die Regionalgouverneure direkt vom

König ernannt. Auch die Kommunalräte werden alle sechs Jahre in geheimer und gleicher Wahl vom Volk ernannt. Anschließend benennen die Mitglieder einen Bürgermeister. Die seit ihrer Verabschiedung mehrfach geänderte Kommunalcharta von 2002 enthält den Aufbau der Gemeindeverwaltungen und ihre Kompetenzen. Auf Bezirksebene regieren die Pachas und Quaid als Bezirksvorsteher und polizeiliche Autorität, die bürokratischen Dienstleistungen auf der untersten Ebene übernimmt der Moqaddem.

Dezentralisierung und Regionalisierung

Der fehlende juristische Rahmen, die geringe finanzielle Ausstattung schwache Humanressourcen und fehlende technologische Voraussetzungen der lokalen Gebietskörperschaften erschweren die politische Arbeit immens. Die mangelnde Vernetzung zwischen den Akteuren auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene stellt ein erhebliches Entwicklungsproblem dar. Urbanisierung, Armut, Wohnungsnot, informelle Bebauung, Umweltrisiken und soziale Probleme sind in Marokko wie in ganz Nordafrika die größten Herausforderungen städtischer und ländlicher Kommunen gleichermaßen. Die Bevölkerung verdoppelt sich bei jährlichen Wachstumsraten von etwa 3 Prozent und mehr in etwa 30 Jahren. Fast die Hälfte der Bevölkerung ist derzeit jünger als 24 Jahre. Die hohe Arbeitslosigkeit vor allem unter Jugendlichen, ein steigendes Wohlstandsgefälle sowie der Mangel an angemessenem Wohnraum sind ebenso gravierend wie das stellenweise defizitäre Bildungs- und Gesundheitssystem. Diese Probleme wurden erkannt, der Prozess der Dezentralisierung in Artikel 1 der Verfassung von 2011 zementiert. Daher werden in mehreren parallelen Programmen die Stärkung der Regionen und Kommunen vorangetrieben. Die Autonomie der Gebietskörperschaften, mithin ihre Kompetenzen und Ressourcen, stehen im Mittelpunkt.

¹<http://www.senat.fr/senatsdumonde/maroc.html>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAROKKO

VERENA WALTHER

April 2015

www.kas.de/marokko

www.kas.de

Bereits 2009 wurde eine Initiative „Kommu-
ne 2015“ lanciert, die eine Reform der
Kommunalcharta von 1992 und eine Profes-
sionalisierung der kommunalen Verwaltun-
gen und ihre bessere finanzielle Ausstattung
vorsah.²

Regionalisierungsprogramm

Das Anliegen der Regionalisierung in Marok-
ko geht jedoch bis 1971 zurück, als das Kö-
nigreich mit sieben Regionen eine erste Ge-
bietsaufteilung schuf. Die administrative
Dezentralisierung wurde 1984 und 1992
weiter vorangetrieben, als die Regionen den
Rang der Gebietskörperschaften mit eigener
Rechtspersönlichkeit und lokalen Vertretern
erreichten. Erst 2002 wurden die Regionen
als Stützpunkte wirtschaftlicher Entwicklung
anerkannt. Um diesen Gedanken Rechnung
zu tragen, wurden 16 Regionen geschaffen.
Der Prozess der Regionalisierung kon-
zentrierte sich jedoch auf administrative As-
pekte kommunalen Handelns. Die Regionen
wurden dadurch zu Verwaltungsstellen,
konnten jedoch nicht dem Anspruch als
wirtschaftliche Katalysatoren gerecht wer-
den. Zudem nahm die neue Einteilung von
Wahlkreisen weder regionale Besonderhei-
ten, noch geographische Synergien in den
Blick.

10 Milliarden MAD, über 930 Millionen Euro
sollen daher zwischen 2016 und 2021 für
das Programm „Regionalisation avancée“
ausgegeben werden – so äußerte sich der Bei-
geordnete Innenminister Cherki Draï im
März bei der Unterbreitung des Vorschlags
der Regierung zum neuen Regionalratsge-
setz vor dem Innenausschuss der Parla-
ments.³ Das wichtigste rechtliche Novum
für die Wahlen 2015: In der neuen Verfas-
sung von 2011 wurde festgeschrieben, dass
die Regionalräte künftig so wie die Gemein-
deräte und das Parlament in direkten Wah-

len bestimmt werden. Dieser Schritt konkre-
tisiert die Pläne zur dezentraleren Gestal-
tung Marokkos: Zunächst sollten vor allem
die Regionen als höchste Gebietskörper-
schaften mit mehr administrativer und fi-
nanzieller Autonomie ausgestattet werden.
Sie sollten auch mit der Umsetzung weiterer
Dezentralisierungsmaßnahmen betraut wer-
den. Gleichzeitig wird ihnen durch die direk-
te Wahl mehr demokratische Legitimität zu-
gesprochen.

Marokkos soziale und wirtschaftliche Ent-
wicklung ist auf leistungsfähige Stadtver-
waltungen und kommunale Dienstleister
angewiesen. Der Reformprozess der De-
zentralisierung setzt die Gebietskörper-
schaften daher unter Zugzwang: Die Bürger
erwarten mehr Transparenz und Rechen-
schaftslegung sowie umfassende Beteili-
gungsmöglichkeiten, insbesondere für Frau-
en und Jugendliche. Die Förderung von Ar-
beitsplätzen durch die lokalen Verwaltungen
sowie die Schaffung zivilgesellschaftlicher
Strukturen, die ein demokratisches Engage-
ment ermöglichen stehen dabei im Vor-
dergrund. Gleichzeitig beklagen sich die Ak-
teure in der Kommunalpolitik über schwer-
verständliche Finanzierungssysteme und
immense Haushaltsdefizite, die ein umfas-
sendes Handeln auf kommunaler Ebene er-
schweren. Um der steigenden Aufgabenviel-
falt gerecht zu werden sind die Kommunen
nicht ausreichend entwickelt.

Die Wahlen zur Zweiten Parlaments- kammer 2015

Die ursprünglich für 2012 vorgesehenen
Wahlen auf Ebene der Gebietskörperschaf-
ten, die zusammen mit den Wahlen der
Chambres professionnelles die Grundlage zur
Besetzung der Zweiten Kammer bilden,
wurden mehrfach verschoben und sollen
nun ab September 2015 stattfinden. Am 4.
und 17. September entscheiden das Volk
über die Volksvertreter der Räte der Regio-
nen, Präfekturen, Provinzen und Kommu-
nen. Vom 10. bis 21. August werden die
Kandidaten aufgestellt. Danach beginnt der
offizielle Wahlkampf bis einschließlich 3.
September.

²<http://www.pncl.gov.ma/fr/Decentralisation/Pages/2009-Amélioration-de-la-gouvernance-locale-et-modernisation-de-la-gestion-financière-des-collectivités-locales.aspx>.

³<http://www.infomaroc.net/economie/118995.html>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAROKKO

VERENA WALTHER

April 2015

www.kas.de/marokko

www.kas.de

Doch Regierungs- und Oppositionsparteien gleichermaßen blockieren den Reformprozess des Wahlgesetzes. Die Parteien streiten sich über die Struktur der legislativen Organe auf Ebene der Gebietskörperschaften, den Aufbau der Wahllisten und die Anforderungen an den Regionalpräsidenten, der dem Rat vorsitzt. Ein Vorschlag der Regierungspartei PJD, die Kandidaten müssten mindestens das Abitur vorweisen, steht seit November 2014 im Raum.⁴ Die wohl größte Kritik wurde jedoch an der neuen Zuschneidung der Regionen von 16 auf 12, die sich nicht an geographischen und historischen Bedingungen orientieren würde, geäußert. Der Einspruch gegen die damit einhergehende Neueinteilung von Wahlkreisen, vor allem von Seiten der Opposition, beruht auf taktischen Gründen: Bei den letzten Kommunalwahlen 2009 gingen bei knapp 7 Millionen Stimmen bei Wahlbeteiligung von 52,4% die Parti Authenticité et Modernité (PAM) als Partei der Mitte mit 21,7% und die konservative Parti de l'Istiqlal (PI) mit 19,9% als Sieger hervor. Die derzeitige Regierungspartei PJD konnte mit nur 5,5% der 27.000 Sitze keine besonderen Erfolge erzielen. Die größere und somit heterogenere Wählerschaft könnte die Mehrheitsverhältnisse auf regionaler Ebene massiv verändern.

Wahlgesetz

Es werden um die 28.000 kommunale Vertreter sowie die Mitglieder der Regionalräte, deren Anzahl noch bestimmt werden muss, gewählt. Das Wahlsystem ist von der Einwohnerzahl der Kommunen abhängig: Vor allem in ländlichen oder sehr urbanen Wahlkreisen mit weniger als 35.000 Einwohnern, insgesamt 1.441 an der Zahl, wird es kompliziert: Hier gilt das Persönlichkeitswahlrecht. Bei allen größeren Kommunen werden die Wahlen nach Listen durchgeführt. Ebenfalls verknüpft mit der Einwohneranzahl ist die Zahl der Kandidaten. Gleiches gelte für Regionen. Oppositionsparteien kritisieren, das Persönlichkeitswahlrecht be-

⁴<http://www.yabiladi.com/articles/details/3136/maroc-benkirane-annonce-report-elections.html>

günstige vor allem bereits etablierte Politiker und lasse keinen Raum für neue Kandidaten. Nach Mustafa Sehimi, Professor für Rechtswissenschaften der Universität Casablanca, sei das Prinzip dieser Doppellisten zu kompliziert. Aufgrund des weit verbreiteten Analphabetismus (2012: fast die Hälfte der Frauen und ein Viertel der Männer) sei es vielen Wählern nicht möglich, zwischen den Wahlzetteln zu unterscheiden und sie in die passenden Urnen zu werfen.⁵ Die Wahlkommission habe sich jedoch noch keiner Lösung des Problems angenommen.

Der Einhaltung einer Frauenquote von mindestens 12%, die bereits bei den letzten Wahlen zur Zweiten Parlamentskammer 2009 eingeführt wurde, dienen jedoch die komplementären Listen. Ebenso wird eine Frauenquote von mindestens einem Drittel der Plätze debattiert, eine Einigung wurde bislang nicht erzielt.

Die „lois organiques“

Erst Ende Januar 2015 stellte die Regierung drei Gesetzesvorschläge vor, die jeweils die Organe der unterschiedlichen Ebenen der Gebietskörperschaften neu regeln. Darüber debattieren derzeit die Mitglieder der Kommission des Inneren der Ersten Parlamentskammer. Die notwendige Zustimmung des Parlaments steht jedoch noch aus.

Nach einem ersten Vorschlag sollen die Regionalräte in Zukunft nur noch öffentlich abstimmen, um demokratische Prozesse transparenter zu gestalten. Doch sogar die Mehrheit der Abgeordneten befürchtet, die Parteispitzen könnten mehr Druck auf ihre Abgeordnete ausüben.⁶ Zudem hegen Teile des Parlaments Vorbehalte gegen die neue Möglichkeit der Erneuerung der Präsidentschaft der Regionalräte zur Halbzeit der Legislaturperiode bei einer Zweidrittelmehrheit

⁵<http://www.lavieeco.com/news/politique/comment-voter-aux-prochaines-elections...-33094.html>

⁶<http://www.lematin.ma/journal/2015/mission-de-l-interieur-les-deputes-passent-au-peigne-fin-le-projet-de-loi-organique-relatif-aux-regions/220748.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAROKKO

VERENA WALTHER

April 2015

www.kas.de/marokko

www.kas.de

des Rates. Dies ebne den Weg zu Erpressung und Kalkül. Auch die finanzielle Ausstattung der Regionalräte ist ungeklärt: Nach der Mehrheit der Abgeordneten der Chambre des Représentants seien mit dem vom Gesetzesvorschlag der Regierung angesetzten Budget keine Umsetzung regionaler Projekte und somit eine umfassende Regionalisierung möglich. Auch die materielle Dimension des Machtgefälles zwischen nationalen und regionalen Legislativorganen steht zur Diskussion. Während einige Parlamentarier einen zu hohen Einfluss der Regionen befürchten, betonen die Befürworter einer ganzheitlichen Regionalisierung das in der neuen Verfassung zementierte Staatsziel, den lokalen Räten mehr Kompetenzen zur nachhaltigen Entwicklung der Gebietskörperschaften, vor allem Steigerung ihrer Attraktivität durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, zuzusprechen. Ansonsten liefern jegliche Bemühungen der „Regionalisation avancée“ ins Leere.

Zudem warnte die Opposition vor einer unklaren Autorität des vom König eingesetzten Walis, der als Kontrollinstanz für Regionalräte eingesetzt wird. Insbesondere seine Rechte, Sondersitzungen des Rates einzuberufen und Vorbehalte bezüglich der Tagesordnung auszusprechen sind umstritten – schließlich sei der Regionalrat ein autonomes Organ. Bei Ablehnung der Inhalte der Debatte stünde dem Wali im Ernstfall die Möglichkeit des finalen Einspruchs zu. Abdallah Bouanou vom Menschenrechtsrat kritisierte den Vorschlag, man würde damit den Wali von einer Kontrollinstanz zum Zensurinstrument des Königs machen.⁷ Während einerseits die Regionen mehr Mitspracherechte und Autonomie bekommen, könnten bestimmte Kontrollmechanismen eben diesen Einfluss wieder mindern.

Der Einfluss der Räte, ihre finanzielle Ausstattung und ihre Synergien miteinander werden auch in den Gesetzesvorschlägen der Regierung zu den Kommunen sowie Provinzen und Präfekturen diskutiert. Wäh-

⁷http://www.huffpostmaghreb.com/2015/02/19/regionalisation-opposition-conteste-n_6710894.html.

rend es die Wahlkommissionen und Regierungschefs bisher zu jeder neuen Legislaturperiode schafften, einen Konsens zum Wahlgesetz zwischen den Parteien herzustellen, wird dies immer schwieriger: Die stärkeren Verlautbarungen von Kritik sind auch einem neuen Selbstvertrauen der Parteien geschuldet, die seit 2011 zunehmend ihr Mitspracherecht wahrnehmen. Zumindest in der Ersten Kammer könnten die Regierungsparteien die Opposition leicht überstimmen. In der Zweiten Kammer sind die Verhältnisse umgekehrt, allein im dortigen Innenausschuss dominieren die oppositionellen Stimmen mit 66%.⁸

Die nationale Legislative steht schließlich unter Zeitdruck: Vier Monate vor den Wahlen ist noch kein einziges Wahlgesetz im Amtsblatt veröffentlicht und somit in Kraft getreten. So wird ein Umfeld der fehlenden Rechtssicherheit und Planbarkeit geschaffen, dies ist den jungen demokratischen Bestrebungen Marokkos nicht zuträglich. Schon jetzt äußerte die Opposition der Parti Istiqlal öffentlich ihre Zweifel, wie man ohne baldige parlamentarische Entscheidungsfähigkeit die Termine des Wahlkalenders einhalten solle.⁹

Die Oppositionsparteien (PI – Parti de l’Istiqlal, PAM – Parti Authenticité et Modernité, USFP – Union socialiste des forces populaires, UC – Union constitutionnelle) drohten in einer gemeinsame Erklärung Mitte Februar an, die Vorbereitungen des zentralen Wahlkommittees zu boykottieren, sollte dieses nicht verfassungskonform gewählt werden. Sie bemängelten, dass der Regierungschef Benkirane sich in interne Angelegenheiten der Parteien und Gewerkschaften eingemischt hätte und beklagten einen Wer-

⁸<http://www.lematin.ma/journal/2015/ouverture-vendredi-de-la-session-printaniere-du-parlement-les-deputes-et-les-conseillers-sont-appelles-a-acceler-la-cadence-de-la-production-legislative/221210.html>.

⁹<http://www.aujourd'hui.ma/maroc/politique/ouverture-de-la-session-d-avril-un-contre-la-montre-au-parlement-117733#.VUHIUSWQN>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAROKKO

VERENA WALTHER

April 2015

www.kas.de/marokko

www.kas.de

teverfall der Politik.¹⁰ Die Wahlkommission, deren Mitglieder vom Regierungschef ernannt werden, sei zu einseitig besetzt.¹¹ Die Opposition im Parlament, die die Debatte zum neuen Regionalgesetz zunächst boykottierte, kehrte nach einem Aufruf der Wahlkommission mittlerweile wieder an den Verhandlungstisch zurück. Doch die Stimmung scheint weiterhin angespannt. So befeuerte die Opposition die parlamentarische Auseinandersetzung mit einem Offenen Brief an den König, indem sie die „Ausbeutung des Parlaments“ durch den Regierungschef Benkirane beklagten.

Weiterer Akteur der juristischen Wahlgestaltung ist der Nationale Menschenrechtsrat (CNDH - Conseil national des droits humains), der 2011 nach den Unruhen vom König eingesetzt wurde. Das Gremium setzt sich aus Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, Behörden, Parteien sowie aus unabhängigen Experten zusammen. Es löst den 1990 gegründeten Konsultativen Menschenrechtsrat mit seiner rein beratenden Rolle ab. Dient der neue Rat einerseits dem König als präventives Zugeständnis an seine Bürger, so begleitet er seitdem aktiv politische Prozesse: Über regionale Menschenrechtsausschüsse nimmt er auch dezentral seine Kontrollfunktion wahr. Er veröffentlichte im Februar 2015 seine Empfehlungen zu den diesjährigen Wahlen: Danach sollen auch Ausländer, die bereits mindestens fünf Jahre in Marokko leben, zum ersten Mal an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen. Darunter würden 80.000 Franzosen, 2.000 Spanier und 18.000 Staatsangehörige von Ländern südlich der Sahara fallen. Die neue Verfassung, die nach einem Referendum 2011 angenommen wurde, erlaube die Wahlbeteiligung von Ausländern – sofern ihre Heimatstaaten reziprok eine Wahlbeteiligung von Marokkanern zuließen. Im Zent-

rum seiner Forderung stellte der Rat bessere Zugangsmöglichkeiten zu Mandaten für Frauen. So sprachen sie sich für mehr für Frauen reservierte Plätze in den Abgeordnetenhäusern aus – vor allem in den Wahlkreisen, in denen Persönlichkeitswahlen stattfinden. Darüber hinaus erinnerte der CNDH daran, Menschen mit Behinderung einen einfachen Zugang zu den Wahllokalen zu ermöglichen sowie Dolmetscher für Gebärdensprache bereitzustellen.¹² Er ruft in seinem Positionspapier zu „inklusionen und bürgernahen“ Wahlen auf. In einer weiteren Stellungnahme Anfang März sprach sich der Rat für die Zulassung internationaler Beobachter und Nichtregierungsorganisationen bei allen anstehenden Wahlverfahren in Marokko aus. Bislang hatte der parteilose Innenminister Mohamed Hassad derartige Vorschläge stets skeptisch beäugt. Auch aus der Regierung sei vorerst mit Zurückhaltung zu rechnen. Zudem soll nach einem Vorschlag des Rates zukünftig auch die Mitglieder der Armee wählen dürfen. Diese sind seit 1980 von den Wahlen der Gebietskörperschaften ausgeschlossen.¹³ Regierungschef Benkirane bezeichnete die Idee als „großes Abenteuer“.¹⁴ Bislang wurde den Forderungen des Menschenrechtsrates seitens der Gesetzgeber noch nicht entsprochen.

Abhängig von der Beteiligung an den Wahlen wird den neu gewählten Räten nicht nur mehr demokratische Legitimation verliehen, sondern auch das politische Selbstbewusstsein der marokkanischen Bürger und ihre Identifikation mit dem Prozess der Demokratisierung und Dezentralisierung ausgedrückt. Die Wahlbeteiligung der Bürger ist vom psychopolitischen Umfeld auf regionaler und nationaler Ebene abhängig. Die höchste Beteiligung erlebte Marokko in den

¹⁰ http://www.lemag.ma/Elections-Maroc-L-opposition-conditionne-sa-participation_a88563.html.

¹¹ <http://www.maghrebemergent.com/actu/alite/maghrebine/45464-maroc-l-opposition-menace-de-boycotter-la-preparation-des-elections-legislatives-et-locales.html>.

¹² http://www.atlasinfo.fr/Maroc-elections-un-appel-a-elagir-la-participation-aux-etrangers_a59950.html.

¹³ <http://www.maroc-hebdo.press.ma/?p=283>.

¹⁴ <http://www.lereporter.ma/politique/actu/alite/5066-maroc-elections-l%E2%80%99opposition-reprend-le-dialogue>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAROKKO

VERENA WALTHER

April 2015

www.kas.de/marokko

www.kas.de

letzten 15 Jahren bei den Wahlen zur Ersten Kammer des Parlaments 2011. Der politische Enthusiasmus blieb seitdem nicht konstant. Doch gerade die nächstes Jahr stattfindenden Parlamentswahlen rücken die Wahlen der Gebietskörperschaften in ein anderes Licht. Der „Marokkanische Frühling“ hat die Bevölkerung nicht nur politisiert, sondern auch dem Wahlvorgang einen neuen Sinn gegeben. Doch noch immer sind das Institut der Bürgerschaft und die Selbstwahrnehmung als solche bei allen Marokkanern angekommen. Die derzeitigen Auseinandersetzungen sind diesem Umstand sicher nicht zuträglich.

Ausblick

Mit der langsamen Implementierung der Programme steuert die Regierung den Prozess der Demokratisierung aus Angst vor abrupten Machtwechseln sehr gemächlich, aber bestimmt, und setzt sich mithin unter Zugzwang – ein Zurück gibt es nicht mehr.¹⁵ König Mohammed VI. selbst beteuerte mehrmals, dass es kein System der zwei Geschwindigkeiten geben könne, bei dem ein Teil der Bevölkerung zurückgelassen werde. So soll der marokkanische Demokratisierungsprozess „von unten“ angetrieben werden. Nicht zuletzt spielt das Programm eine Schlüsselrolle in der Causa Sahara: Durch die sehr weiten Zugeständnisse von Autonomie an die Südregionen könnten diese stärker in Marokko integriert werden.¹⁶ Bisläng lässt die Uneinigkeit der Abgeordneten hinsichtlich eines neuen Wahlgesetzes jedoch offen, ob die Wahlen im Herbst stattfinden können.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Auslandsbüro Marokko

N. 24 Angle Av. Abdelkrim Benjelloun et Rue Mly. Yaacoub, B.P. 559

Hassan-Rabat,

10010 Rabat, Maroc

Telefon
+212 537 76 12 32

Fax
+212 537 76 12 35

Website
www.kas.de/Marokko

¹⁵ <http://www.pncl.gov.ma/fr/Decentralisation/Pages/Processus-de-d%C3%A9centralisation.aspx>.

¹⁶ http://www.atlasinfo.fr/La-regionalisation-avancee-un-complement-jumele-de-l-offre-marocaine-dynamique-et-durable-au-conflit-du-Sahara-Talbi_a59975.html.